

Stiftung Marktwirtschaft (Ed.)

Research Report

## Wohlstand heute

Argumente zur Wirtschaftspolitik, No. 7

**Provided in Cooperation with:**

Stiftung Marktwirtschaft / The Market Economy Foundation, Berlin

*Suggested Citation:* Stiftung Marktwirtschaft (Ed.) (1986) : Wohlstand heute, Argumente zur Wirtschaftspolitik, No. 7, Frankfurter Institut für Wirtschaftspolitische Forschung, Bad Homburg

This Version is available at:

<https://hdl.handle.net/10419/99826>

**Standard-Nutzungsbedingungen:**

Die Dokumente auf EconStor dürfen zu eigenen wissenschaftlichen Zwecken und zum Privatgebrauch gespeichert und kopiert werden.

Sie dürfen die Dokumente nicht für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, öffentlich zugänglich machen, vertreiben oder anderweitig nutzen.

Sofern die Verfasser die Dokumente unter Open-Content-Lizenzen (insbesondere CC-Lizenzen) zur Verfügung gestellt haben sollten, gelten abweichend von diesen Nutzungsbedingungen die in der dort genannten Lizenz gewährten Nutzungsrechte.

**Terms of use:**

*Documents in EconStor may be saved and copied for your personal and scholarly purposes.*

*You are not to copy documents for public or commercial purposes, to exhibit the documents publicly, to make them publicly available on the internet, or to distribute or otherwise use the documents in public.*

*If the documents have been made available under an Open Content Licence (especially Creative Commons Licences), you may exercise further usage rights as specified in the indicated licence.*



## Wohlstand heute

In der gegenwärtigen vermögenspolitischen Diskussion werden elementare Tatsachen und Notwendigkeiten übersehen: In der Bundesrepublik verfügen die Bürger im Durchschnitt heute über hohe Einkommen sowie enorme Vermögen. Ein solch beträchtlicher Wohlstand muß dazu genutzt werden, daß die Bürger für die Absicherung von Risiken aus Krankheit oder Alter wieder mehr persönliche Verantwortung übernehmen, soll die Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung leistungsfähig und der Freiraum für die Bürger gesichert bleiben.

## Die Einkommensentwicklung

**Früher arm, heute wohlhabend**

Wie arm die Deutschen noch vor wenigen Jahrzehnten waren und wie wohlhabend sie heute sind, wird schon an wenigen Zahlen deutlich:

- Im Geldwert von heute gerechnet lag das durchschnittlich verfügbare Haushaltseinkommen im Jahre 1946 bei knapp 800,- DM monatlich. Davon mußten im statistischen Mittel rund drei Personen leben. Ein normaler Dreipersonenhaushalt hatte damals ein geringeres Einkommen zur Verfügung als heute ein Sozialhilfeempfänger für sich allein.
- Innerhalb dieser vierzig Jahre hat sich das durchschnittlich verfügbare Haushaltseinkommen auf 3.800,- DM monatlich erhöht und damit nahezu verfünffacht. Zugleich ist die Größe der Haushalte im statistischen Mittel von 3 auf 2,3 Personen zurückgegangen. Damit ist das verfügbare Pro-Kopf-Einkommen von 1946

bis heute sogar auf mehr als das Sechsfache gestiegen.

Insgesamt hatten die privaten Haushalte in der Bundesrepublik im Jahr 1985 Einkommen in Höhe von 1.200 Milliarden DM zur Verfügung. Das sind im Durchschnitt rund 46.000,- DM pro Haushalt und Jahr.

In der jüngsten Zeit ist eine besonders kräftige Expansion der verfügbaren Einkommen zu verzeichnen. Dazu hat nicht zuletzt als Folge einer lebhaften Binnenkonjunktur ein erheblicher Zuwachs der Beschäftigung beigetragen. So ist die Zahl der Erwerbstätigen im September dieses Jahres auf 26,2 Millionen ge-

stiegen. Das sind 300.000 Personen mehr als ein Jahr zuvor.

## Auch international: Aufstieg in die Spitze

Die Einkommen bundesdeutscher Haushalte liegen damit in etwa so hoch wie die in der Schweiz und um etwa ein Viertel niedriger als die in den Vereinigten Staaten. Dabei ist jedoch zu beachten, daß amerikanische im Gegensatz zu deutschen Haushalten in viel größerem Umfang aus der eigenen Tasche Krankheits- und Ausbildungskosten bestreiten sowie Vorsorge für ihr Alter treffen müssen.

## Zusammensetzung der Einkommen der privaten Haushalte 1985/86

Position	1985			1986			Veränderung gegen Vorjahr in %
	Jahr	1. Hj.	2. Hj.	1. Hj.	2. Hj.	1. Hj.	
	in Milliarden DM						
1. Bruttolöhne und -gehälter 1)	824,5	387,3	437,2	406,1	+3,9	+4,8	
2. Abzüge	261,1	119,7	141,5	124,9	+7,0	+4,4	
davon Lohnsteuer 2)	144,9	65,4	79,5	67,5	+7,9	+3,2	
Sozialversicherungsbeiträge	116,2	54,3	61,9	57,4	+5,9	+5,8	
3. Nettolöhne und -gehälter (1-2)	563,4	267,6	295,8	281,2	+2,5	+5,1	
4. Öffentliche Einkommensübertragungen	260,2	130,2	130,0	132,4	+2,1	+1,7	
5. Masseneinkommen (3+4)	823,6	397,8	425,8	413,6	+2,4	+4,0	
6. Privatentnahmen Selbständiger und Einkommen der privaten Haushalte aus Vermögen 3)	383,0	185,1	197,9	191,2	+7,5	+3,3	
7. Übertragungen an das Ausland (netto)	12,1	5,5	6,6	5,3	+0,6	-3,8	
8. <b>Verfügbares Einkommen (5+6-7)</b>	<b>1 194,5</b>	<b>577,4</b>	<b>617,1</b>	<b>599,5</b>	<b>+4,0</b>	<b>+3,8</b>	
davon verwendet für:							
Privaten Verbrauch	1 041,8	500,2	541,6	519,3	+4,7	+3,8	
Private Ersparnis	152,7	77,2	75,5	80,2	-0,8	+3,9	
desgl. in % des Verfügbaren Einkommens	12,8	13,4	12,2	13,4	x	x	

1 Einschl. zusätzlicher Sozialaufwendungen der Arbeitgeber (u.a. für die betriebliche Altersversorgung), aber ohne Arbeitgeberbeiträge zu den Sozialversicherungen.

2 Vor Verrechnung mit der Arbeitnehmersparzulage.

3 Nach Abzug sonstiger Übertragungen; als Rest ermittelt.

Differenzen in den Summen durch Runden der Zahlen.

Quelle: Deutsche Bundesbank



### Einkommensschub 1986

Für das Jahr 1986 wird das Einkommensplus auf 57 Milliarden DM geschätzt. Diese Ausweitung des Einkommensspielraums ist neben dem schon erwähnten Beschäftigungsanstieg, den Lohnerhöhungen und der zu Anfang des Jahres in Kraft getretenen ersten Stufe der Steuerreform zu verdanken:

- Der Entlastungseffekt dieser ersten Stufe wird auf 11 Milliarden DM geschätzt. Im Durchschnitt kann damit jeder betroffene Haushalt im Jahr über rund 600,- DM mehr verfügen. Dies bewirkt 1986 ein Aussetzen des Steuerprogressionseffektes: Die Nettolöhne und -gehälter werden in diesem Jahr also seit langer Zeit wieder fast im gleichen Ausmaße ansteigen wie die Bruttoeinkünfte.
- Für 1986 wird ein Zuwachs der durchschnittlichen Nettoeallöhne von 4,5 Prozent prognostiziert. Eine solche Größenordnung ist seit 1971 nicht mehr erreicht worden. Damit wird zugleich der mehrjährige Trend realer Netto-lohnverluste gestoppt.

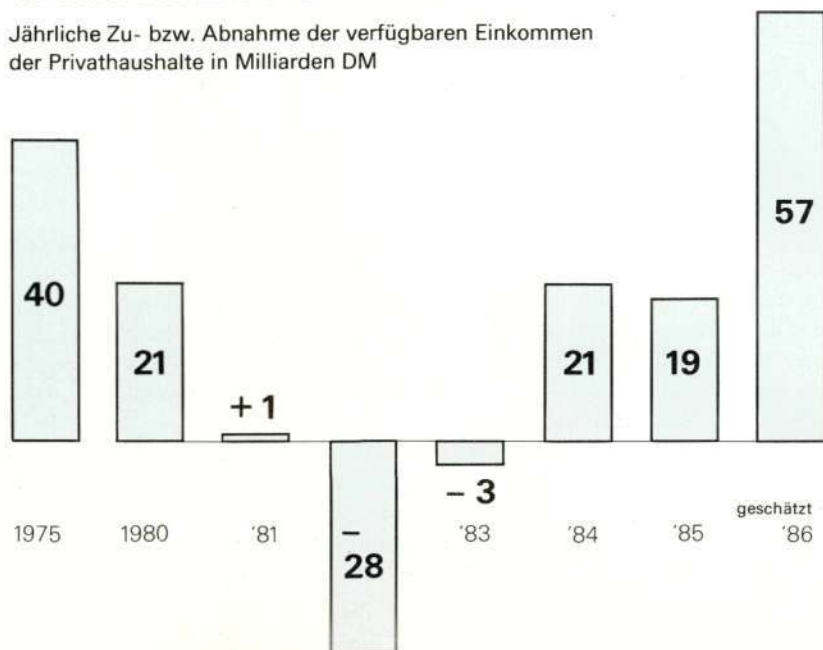
### Null-Inflation: Das beste Sozialprogramm

Seit April 1986 weist der Index der Lebenshaltungskosten kontinuierlich negative Vorzeichen auf. Von dieser günstigen Preisentwicklung profitieren die Verbraucher erheblich. Ein einfaches Zahlenbeispiel macht das deutlich: Nur ein Prozentpunkt Inflation würde in Preisen von 1985 für die verfügbaren Einkommen einen Kaufkraftverlust von rund 12 Milliarden DM bedeuten. Für den einzelnen Haushalt heißt das, er hätte fast 500,- DM weniger zur Verfügung.

Um so eindeutiger sind die Haushalte Nutznießer der heute günstigen Preisentwicklung. Diese hat mehrere Ursachen. Zum einen ist schon die Inflationsrate für im Inland erzeugte Güter und Dienstleistungen mit rund

### Einkommensschub 1986: 57 Mrd DM mehr erwartet

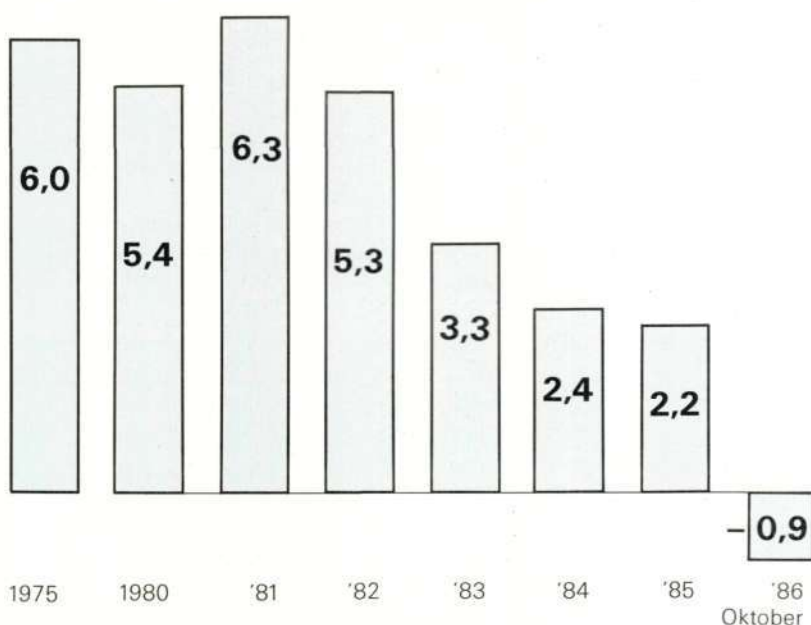
Jährliche Zu- bzw. Abnahme der verfügbaren Einkommen der Privathaushalte in Milliarden DM



Quelle: Statistisches Bundesamt; Beträge in heutiger Kaufkraft

### Wiedergewinnung der Preisstabilität

Jährlicher Preisanstieg gegen Vorjahr in Prozent



Quelle: Statistisches Bundesamt; Preisindex der Lebenshaltung der Privathaushalte

1,6 Prozent erfreulich niedrig. Zum anderen haben der gegenüber dem Vorjahr um rund ein Drittel gesunkene Dollarkurs sowie der Verfall des Dollar-Abgabepreises für Rohöl- und Rohölprodukte den Index der Lebenshaltungskosten deutlich gesenkt.

- Über 40 Prozent der vom Einzelhandel importierten Waren werden in Dollar fakturiert. Die Preissenkungen für Importgüter bewirkten, daß die Verbraucher für ihr Warenbündel im August 1986 rund 2,2 Prozent weniger bezahlen mußten als ein Jahr zuvor.
- Darüber hinaus haben die niedrigeren Rohölpreise Kaufkraft freigesetzt, die sich für alle Haushalte zusammen auf 14 Milliarden DM summieren dürfte, wovon wegen der Abrechnungspraxis und der verzögerten Anpassung des Gaspreises an die Ölpreisentwicklung ein großer Teil erst im nächsten Jahr als Ersparnis sichtbar wird.

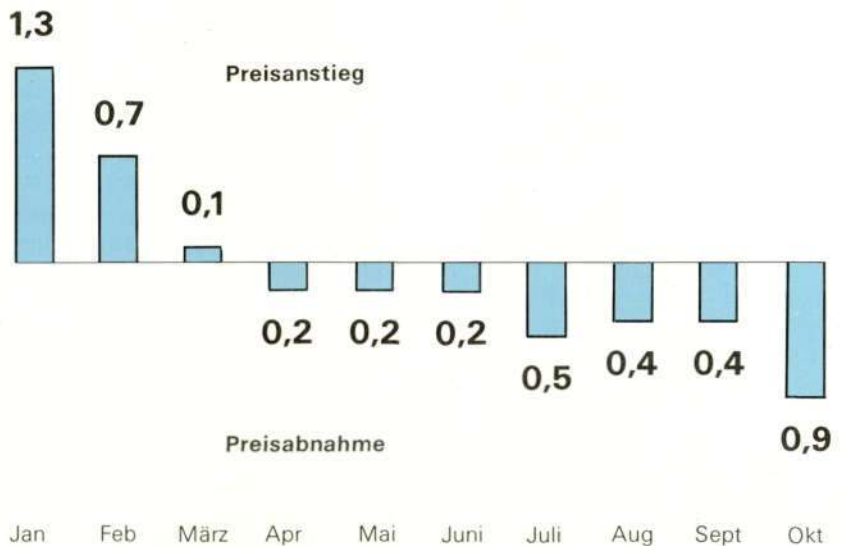
Wird dieser aus unterschiedlichen Quellen stammende Zuwachs an Kaufkraft für die Verbraucher zusammengerechnet, so ergibt das einen Betrag von rund 57 Milliarden DM. Der Durchschnittshaushalt hat damit 1986 rund 2.200,- DM mehr zu seiner Verfügung als im vorigen Jahr.

Die derzeitige erreichte Preisstabilität hat die Wirkung eines gewaltigen Sozialprogrammes. Sie kommt vor allem den Arbeitnehmern, Rentnern, Arbeitslosen und Sozialhilfeempfängern zugute, die den Großteil ihrer Einkünfte für den unmittelbaren Lebensbedarf verwenden und dafür jetzt weniger auszugeben brauchen.

Eine hohe Inflationsrate würde demgegenüber die Besserverdienenden begünstigen, die die Auswirkungen der Inflation über Geld- und Sachanlagen teilweise mildern können.

### Preisstabilität 1986

Monatlicher Preisanstieg bzw. -abnahme gegen Vorjahresmonat



Quelle: Statistisches Bundesamt; Preisindex der Lebenshaltung der Privathaushalte

### Auch die ärmeren Schichten profitieren

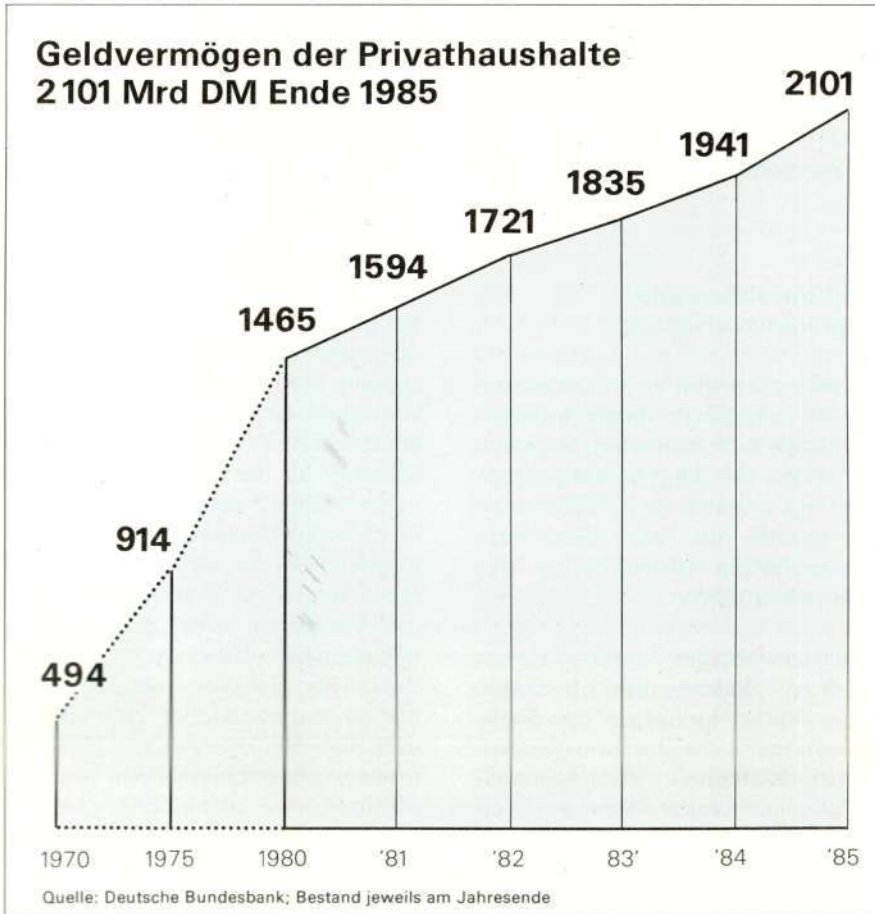
Auch die Verteilung der Einkommen auf die verschiedenen Haushalte ergibt ein positives Bild. Nach Untersuchungen des Instituts für Wirtschafts- und Gesellschaftspolitik (IWG)

- kann heute ein Fünftel der Bevölkerung als wohlhabend angesehen werden,
- verfügen insgesamt achtzig Prozent der Bevölkerung über ansehnliche Einkommen und nur
- etwa ein Fünftel fällt wirtschaftlich ab, ohne arm genannt werden zu können.

Als arm gelten in der Bundesrepublik Deutschland heute etwa 3 bis 4 Prozent der Bevölkerung. Doch auch sie haben an der Wohlstandsmehrung der letzten Jahrzehnte teilgenommen. Vor dem Hintergrund einer insgesamt wohlhabenden Ge-

sellschaft stellt sich ihre Bedürftigkeit in den meisten Fällen nur als relative Armut dar. Zwei naheliegende Vergleiche machen dies deutlich. Zum einen entspricht ihr heutiger Lebensstandard dem breiteren Schichten der deutschen Bevölkerung vor weniger als 5 Jahrzehnten. Zum anderen übertrifft er den der heutigen Weltbevölkerung im Durchschnitt bei weitem. Mehr noch: Unter diesen als arm eingestuften Haushalten befindet sich eine große Zahl junger Haushalte sowie Studenten- und Lehrlingshaushalte, deren bescheidene Einkommensverhältnisse in der Regel nur von kurzer Dauer sind und deshalb nicht zu beunruhigen brauchen.





## Die Vermögensentwicklung

250.000,- DM pro Haushalt

Ende des Jahres 1985 besaßen die Haushalte in der Bundesrepublik ein Geldvermögen von über 2.000 Milliarden DM – in Bargeld, Sichteinlagen, Termingeldern, Spareinlagen, Sparbriefen, Inhaberschuldverschreibungen, Guthaben bei Bausparkassen und Lebensversicherungen sowie Wertpapieren einschließlich Aktien. Das ist mehr als das Zehnfache von 1962. Doch selbst diese enorme Summe erfaßt nur den kleineren Teil der Vermögen unserer Haushalte. Der noch viel größere Teil des Vermögens der privaten Haushalte besteht aus Sachwerten, also Grundstücken, Häusern, Wohnungen, Produktivvermögen, landwirtschaftlichem Vermögen und Beständen an langlebigen Gebrauchsgütern.

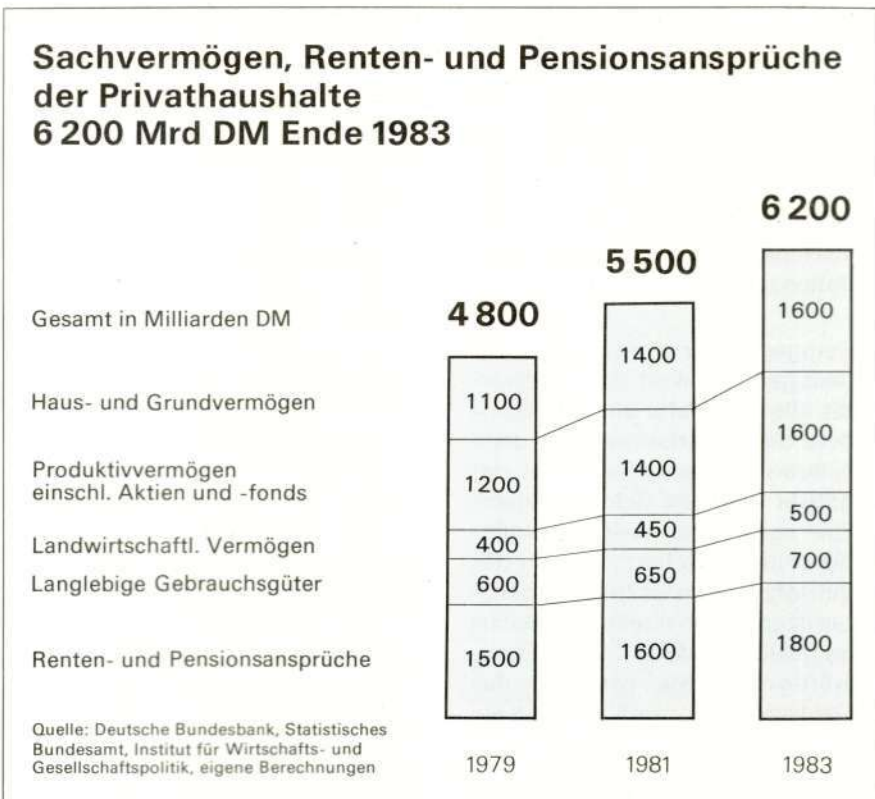
– Werden zu dem um Aktienanlagen und Kreditverpflichtungen bereinigten Geldvermögen diese Sachvermögenswerte addiert, so ergibt das für das Jahr 1983 ein privates Gesamtvermögen von über 6.000 Milliarden DM. Das bedeutet ein durchschnittliches Vermögen von 250.000,- DM pro Haushalt.

– Rechnet man zu diesem Betrag noch die vorhandenen, allerdings sehr vorsichtig geschätzten Pensions- und Rentenansprüche hinzu, so betrug im Jahre 1983 das durchschnittliche Vermögen der Haushalte 330.000,- DM.

Nach der schon genannten Untersuchung des IWG lebt bei Einbeziehung der Versorgungsansprüche rechnerisch

– jeder 25. Bürger in einem sogenannten Millionärshaushalt,

– über ein Viertel der Bevölkerung in einem Halbmillionärshaushalt und





- etwa zwei Drittel der Bevölkerung in Haushalten mit einem Vermögen von mindestens 100.000,- DM.

Trotz der Problematik internationaler Vermögensvergleiche steht damit zugleich fest: Die deutschen Haushalte zählen zu den wohlhabendsten in der Welt. Die individuelle, wirtschafts- und gesellschaftspolitische Leistung, die das ermöglicht hat, ist um so beachtlicher, als diese Vermögensbildung innerhalb weniger Generationen durch zwei Kriege und ihre Auswirkungen nachhaltig gestört wurde.

## Vermögensverteilung

### Berücksichtigung aller Vermögensarten

Gegen diese Betrachtung wird häufig vorgebracht, das vorhandene Vermögen sei jedoch ungleich verteilt. Dieser Einwand ist nur bei isolierter Betrachtung einzelner Vermögensarten wie z. B. dem sogenannten Produktivvermögen richtig. 1983 gab es in 1,4 Millionen Haushalten Personen, die Eigentümer gewerblicher Unternehmen waren oder Beteiligungen daran besaßen (ohne land- und forstwirtschaftliche Betriebe und ohne den breiter gestreuten Aktienbesitz). Diese 1,4 Millionen Haushalte repräsentieren in der Tat nur knapp 6 Prozent aller privaten Haushalte. Per Saldo bedeutet diese Verteilung des Produktivvermögens aber nichts anderes, als daß die Unternehmen überwiegend den Unternehmern gehören. Nicht anders gehören die Häuser überwiegend den Hausbesitzern und das landwirtschaftliche Grundvermögen überwiegend den Bauern.

Im übrigen ist auch, mit umgekehrten Vorzeichen, das Geldvermögen ungleichmäßig verteilt. Während die Selbständigen hier, durch die Aufnahme von Fremdkapital, sehr oft Netto-Schuldner sind, bilden die

unselbständig Beschäftigten immer größere verfügbare Geldvermögen. Daraus wird deutlich, daß Verteilungsvergleiche nur dann wirklich aussagekräftig sind, wenn alle Teile des Vermögens einbezogen werden.

### Inflationsabbau und Vermögensverteilung

Die verschiedenen Vermögensarten werden allerdings durch Inflation unterschiedlich betroffen. So kann, wie schon die jüngste Vergangenheit zeigt, anhaltende Inflation zu einer gerade für den Geldsparer schmerzhaften Umverteilung des Vermögens führen.

- In den siebziger Jahren mit ihren hohen Inflationsraten übertrafen die Wertsteigerungen des Sachvermögens die jährliche gesamtwirtschaftliche Vermögensbildung aus Ersparnissen bei weitem. Dies hat die Vermögenskonzentration bei den Eigentümern von Sachvermögen gefördert. Den Geldvermögensbesitzern und Sparern hingegen und damit der Masse der Bevölkerung, entstanden, in realer Kaufkraft gemessen, Substanzverluste. Nur weil das private Eigentum am Sach- und Grundvermögen ziemlich breit gestreut ist, standen die Arbeitnehmerhaushalte nicht ausschließlich auf Seiten der Inflationsgeschädigten.
- Demgegenüber profitieren von der heutigen Stabilität des Geldwertes alle Haushalte und insbesondere die der Arbeitnehmer, denn in ihren Händen befindet sich der größte Teil des Geldvermögens. Eine nach unten weisende Inflationskurve beschert ihnen im Gegensatz zu den Sachvermögensbesitzern einen direkten Zuwachs an realer Kaufkraft. Die gegenwärtig erreichte Stabilität des Geldwertes ist somit zugleich ein wesentlicher Beitrag zu mehr „Verteilungsgerechtigkeit“ im Vermögensbereich.

### Privatheit des Vermögens

Was private Einkommen und Vermögen wirklich wert sind, hängt auch vom Grad des öffentlichen Wohlstandes und der Infrastruktur eines Landes ab. Dort, wo die Bürger die Ausbildung ihrer Kinder ausschließlich selbst finanzieren müssen, wo sie die Kosten von Krankheiten ganz allein zu tragen haben oder über kein zuverlässiges Verkehrssystem verfügen, ist der wirkliche Wert ihrer Einkünfte und Vermögen entsprechend geringer zu veranschlagen als dort, wo diese Leistungen allgemein vorgehalten oder zu nicht kostendeckenden Preisen abgegeben werden. Unter diesem weiteren Aspekt sind die Einkommen und Vermögen in der Bundesrepublik noch beeindruckender. Die Bundesbürger gehören nämlich nicht nur zu den besonders Wohlhabenden. Sie sind obendrein durch von ihnen in unterschiedlichem Umfang mitfinanzierte öffentliche Leistungen fast nach allen Seiten abgesichert. Ihr Vermögen steht ihnen weitgehend zur Verwirklichung ihrer höchst individuellen Ziele zur Verfügung.

Dabei geht ein Teil der allgemeinen Verbesserung der Lebensbedingungen nicht einmal in die Statistik des Sozialprodukts ein: Die Verkürzung der Arbeitszeit, die Verbesserung der Arbeitsbedingungen, die Verschönerung der Städte und der bessere Schutz der Umwelt können so nicht gemessen werden.

Anzumerken ist freilich auch hier: Wenn die Lebensqualität weiterhin verbessert werden soll, ist dazu Wirtschaftswachstum erforderlich. Wer erklärt, Wachstum sei nicht wünschenswert, behauptet damit, es seien auch keine Verbesserungen der Lebensverhältnisse mehr erwünscht. Das wäre jedoch welt- und menschenfremd. Fast alle Menschen streben eine Verbesserung ihrer persönlichen und allgemeinen Lebensumstände an, und zwar auch in Bereichen wie Umweltschutz, Sicherheit und Arbeitsbedingungen.



## Fazit

Die Analyse des Wohlstandes der privaten Haushalte in der Bundesrepublik ergibt

- eine Spitzenposition bei der Einkommenshöhe auch im internationalen Vergleich,
- den Wiedergewinn von Einkommenszuwachs für das Jahr 1986 in einer Größenordnung wie zuletzt 1970,
- einen Wiedergewinn der Preisstabilität in einem Umfang wie 1959,
- die private Verfügbarkeit der Vermögen in fast uneingeschränktem Umfang.

## Ausblick

### Künftig stärkere Eigenverantwortung des einzelnen

Dieser Befund darf freilich nicht zu einer undifferenzierten Fortschreibung verleiten. Gerade die in ungewöhnlich hohem Maße vorhandene „Privatheit“ privater Vermögen in der Bundesrepublik weist in ihrer Kehrseite auf eine der Schwachstellen unserer Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung hin. Das ordnungspolitische Postulat der Subsidiarität, also der Grundsatz des Einsatzes privater Mittel vor den öffentlichen, droht in der Bundesrepublik immer mehr zu verkümmern. Stattdessen wird allenthalben zäh an sozialen Sicherungssystemen festgehalten, die zumeist noch im vorherigen Jahrhundert für eine Tagelöhnergemeinschaft konzipiert worden sind.

Obwohl der Durchschnittshaushalt heute unschwer eine leichtere Krankheit oder einige Wochen Arbeitslosigkeit aus eigener Kraft meistern könnte, stützt er sich unverzüglich und massiv auf die Hilfe des Kollektivs.

Auch im Bereich der Alterssicherung wird weiterhin wie selbstverständlich von der staatlichen Vollversorgung ausgegangen. Doch schon in absehbarer Zukunft wird es nicht mehr möglich sein, private Vermögensbildung wie bisher zu betreiben und gleichzeitig ein System staatlicher Vollversorgung zu finanzieren. Dann steht die Entscheidung an,

- ob wir weiter den Weg privater Vermögensbildung gehen wollen – dann müssen soziale Risiken zunehmend privatisiert werden oder
- ob die gesetzlichen Sicherungssysteme im bisherigen Umfang erhalten bleiben sollen – dann wird private Vermögensbildung künftig nur noch in bescheidenem Rahmen möglich sein.

Die weitere Entwicklung der Einkommen und Vermögen der privaten Haushalte hängt entscheidend von der Beantwortung dieser Frage ab.